

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 23. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 250

Freitag, den 25. Oktober 1918

13. Jahrgang

Wilson's Antwort.

Deutsche Pressestimmen dazu. / Eine stürmische Reichstags-Sitzung. Erklärungen des Staatssekretärs Solf über Polen, Nordschleswig und Elsaß-Lothringen. Annahme des gleichen Wahlrechts im preussischen Herrenhaus. / Die Neuordnung in Sachsen. / Rücktritt Wekerles und Burians. / Kroatenmeuterei in Fiume.

Die Antwortnote des Präsidenten Wilson.

Bereits am Mittwoch ist die Antwortnote des Präsidenten Wilson dem schweizerischen Gesandten in Washington zur Übermittlung an die deutsche Regierung übergeben und sie ist gestern durch den schweizerischen Gesandten in Berlin dem deutschen Auswärtigen Amt übermittelt worden. Gegenüber dem von uns gestern Abend durch Extrablatt verbreiteten Text ist der Wortlaut der vom Staatssekretär Lansing unterzeichneten amerikanischen Note folgender:

Staatsdepartement, 23. Oktober 1918.

Mein Herr!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 23. d. M. zu bestätigen, mit der Sie eine Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. d. M. übermittelten. Der Präsident hat mich mit der folgenden Antwort beauftragt:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und ausdrückliche Versicherung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie die Friedensbedingungen in seiner Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und die Grundlegung der Friedensordnung in seinen späteren Ansprüchen, insbesondere der vom 27. September, rücksichtslos annimmt, und daß sie in Erwiderung über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten wünscht, ferner, daß dieser Wunsch Zweck nicht von denen ausgehe, die bisher die deutsche Politik diktiert und den gegenwärtigen Krieg für Deutschland geführt haben, sondern von Ministern, die für die Reichstagsmehrheit und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sprechen, und nachdem er ebenfalls das ausdrückliche Versprechen der gegenwärtigen deutschen Regierung erhalten hat, daß die deutschen Völker und Seestreitkräfte die Gesetze der Menschlichkeit und einer zivilisierten Kriegsführung beobachten werden, glaubt der Präsident der Vereinigten Staaten es nicht ablehnen zu können, mit den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verhandelt ist, die Frage eines Waffenstillstandes aufzunehmen. Er hält es aber für seine Pflicht, zu wiederholen, daß der einzige Waffenstillstand, den er sich berechtigt fühlen würde, der Erwägung zu unterbreiten, nur ein solcher sein könnte, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbündeten Mächte in der Lage besetze, jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutschseits unmöglich zu machen. Der Präsident hat deshalb seinen Notenwechsel mit den gegenwärtigen deutschen leitenden Stellen der Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegsführende Macht verbunden ist, übermitteln mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundfragen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker im gleichen Maße wahrt und den verbündeten Regierungen die unbeschränkte Macht sichert. Die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofür sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkte für möglich halten. Sollten solche Waffenstillstandsverhandlungen vorgeschlagen werden, so wird ihre Annahme durch Deutschland den besten und bündigsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbedingungen und Grundfragen der ganzen Friedensaktion unabweisbar annimmt.

Der Präsident würde der Aufsichtspflicht nicht zu genügen glauben, wenn er nicht so freimütig wie möglich den Grund dafür angäbe, daß außerordentliche Sicherheiten verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig auch die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß der Grundgedanke einer dem deutschen Volke

verantwortlichen Regierung bereits völlig durchgeführt ist oder daß irgendwelche Bürgschaften dafür vorhanden sind oder erwogen werden, daß die jetzt teilweise vereinbarte grundsätzliche und praktische Reform von Dauer sein wird. Auch hat es nicht den Anschein, als ob der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeiten erreicht ist. Künftige Kriege sind jetzt vielleicht der Entscheidung des deutschen Volkes unterworfen, nicht aber der gegenwärtigen, und mit dem gegenwärtigen haben wir es gerade zu tun. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reiches unter den Volkswillen zu erzwingen, daß der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik ungeschwächt ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind. In der Ueberzeugung, daß der ganze Weltfriede jetzt von offener Sprache und geradem Handeln abhängt, hält es der Präsident für seine Pflicht, ohne alle Verhüllung, was schroff klingt, zu mißbilligen, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind, und zu wiederholen, daß beim Friedensschluß und bei dem Einvernehmen, die unendlichen Gewalttaten und Ungerechtigkeiten dieses Krieges wieder gutzumachen, die Vereinigten Staaten einzig und allein mit den echten Vertretern des deutschen Volkes verhandeln können, die als wirkliche Herrscher Deutschlands eine wahre verfassungsmäßige Stellung zugesichert erhalten haben. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen, oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Uebergabe verlangen. Es kann nichts dadurch gewonnen werden, daß diese grundlegenden Dinge unausgesprochen bleiben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneuerte Versicherung meiner Hochachtung.
(ges.) Robert Lansing.

Die Urteile der Presse.

Die Urteile der Presse über die Note sind, soweit sie bis jetzt vorliegen, verschieden. So sagt das Berl. Tagebl.: Während die vorige Note als ein Rückschritt, vom Frieden fort, erscheinen konnte, ist die jetzige, wenigstens soweit es sich um die Erwidlung der Formalitäten handelt, ein Schritt nach vorwärts, zum Frieden hin.

Unter den jetzigen Verhältnissen ist Wilson, der im Namen der Ententemächte spricht, also zwar zu einem Waffenstillstande bereit. Aber dieser Waffenstillstand und der Friedensschluß sollen anscheinend mit Unterwerfung gleichbedeutend sein. Die Note Wilsons bedeutet also, wie gesagt, nur einen Fortschritt in der Erwidlung der ersten Formalität. Sie enthält kein erhebliches Abweichen von dem Standpunkte, der in der vorigen Note zum Ausdruck gebracht worden war. — Das „Veipg. Tagebl.“ sagt: Die neue Antwort Wilsons klingt beträchtlich entgegenkommender, als die vorige. Wir haben ihm ja freilich auch Veranlassung genug dazu gegeben. Wenn der vorliegende Text der Note in allen Teilen zutreffend ist, hat Wilson die Forderung, Deutschland müsse sich ergeben, nur für den Fall gestellt, daß wir genügende Sicherheiten für eine wahrhaft verfassungsmäßige Haltung nicht bieten könnten. Man kann darüber hinaus vielleicht annehmen, daß auch die „außerordentlichen“ Sicherheiten, die für den Waffenstillstand verlangt werden, weniger schroff ausfallen werden, wenn wir nähere Auskünfte über unsere jetzigen innerpolitischen Zustände gegeben haben werden. Aber, wie gesagt, wir haben vorläufig nur Wilson sprechen hören! Von ihm dürfen wir allerdings wohl sagen, daß er von dem zwei Bildern, die die Welt von ihm hat, in dieser Note wieder das bessere ins Licht gerückt hat. Die „Dresdn. Nachr.“ schreiben: „Wilson hat sich jetzt völlig demaskiert: er will keinen Rechts-, sondern einen nackten Gewaltfrieden. Die neue demokratische Regierung Deutschlands steht sich angesichts dieser unglaublichen Behandlung, die ihr durch Herrn Wilson gutwillig wird, vor eine Entscheidung gestellt, die nach menschlichem Ermessen auch die größte Friedensliebe der härtesten Probe unterwerfen muß. Was sollen

wir tun?“ Das „Chemn. Tagebl.“ sagt: Voraussetzung für den Waffenstillstand ist ihm (Wilson), daß es Deutschland unmöglich gemacht wird, die Feindseligkeiten wieder zu eröffnen. Das heißt doch nichts anderes, als Deutschland soll erst die Waffen strecken, sich völlig wehrlos machen, ehe in Verhandlungen eingetreten wird. Dann müßten wir natürlich alles über uns ergehen lassen, was unseren Feinden beliebt, also die vollständige Vernichtung. Doch damit noch nicht genug. Auch die militärischen Beherrscher, gemeint ist unsere Oberste Seeresleitung, müssen beiseite sein, ehe man sich zu Verhandlungen herbeiläßt. Kein Deutscher, der Ehre im Spiele hat, kann auf solche Bedingungen eingehen. Die Ertrungenschaften zweitausendjähriger Kulturarbeit, die künftigen Erinnerungen an alle die Mühen und Triumphe unserer Vorfahren, die wir doch nicht wie Wunder auf den Reichthausen schleubern können, sie allein schon erzwingen den Widerstand bis aufs äußerste. Die Deutsche Tagesztg. (Berlin) bringt die Antwort unter der Ueberschrift: „Ein neuer Demütigungsschritt.“ Die Ration algeitung (Berlin) schreibt: Zweifellos ist es, daß Wilson bis zur äußersten Grenze dessen gegangen ist, was im diplomatischen Gedankenaustausch an Erörterungen denkbar ist. Allein die höfliche Form, in der er seine Forderungen vorbringt, darf aber den Inhalt nicht hinwegtäuschen, dessen Beurteilung und Erledigung an die Gewissenspflicht der deutschen Regierung und des Reichstages die höchsten Anforderungen stellen werden.

Die Beratung der Note in Berlin.

Gestern in später Abendstunde trat der Kronrat zusammen, um zu der Antwortnote Wilsons Stellung zu nehmen. Ferner fanden zu gleichem Zwecke Sitzungen der Fraktionen des Reichstages statt. Heute (Freitag) vormittag werden die Fraktionsführer mit den Staatssekretären verhandeln.

Eine wichtige Konferenz in London.

laut „Progrès de Lyon“ fand in London eine außerordentlich wichtige Konferenz statt, an welcher die höchsten Militär- und Marinebehörden der Entente teilnahmen. Als deren Ergebnis seien innerhalb weniger Tage Ereignisse von größter Bedeutung für die Entente zu erwarten.

Englische Flottenpläne.

Den „Neuen Zürcher Nachrichten“ zufolge meldet Havas aus London: Der britische Admiral Beatty erklärte, daß man mit einer großen Seeschlacht zwischen der britischen und deutschen Flotte wohl noch rechnen müsse. In schweizerischen Blättern wird vielfach der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Engländer einen Vorstoß gegen Holland versuchen werden, welches sie durch ein siegreiches Seesiege gewinnen wollen. Man zweifelt jedoch nicht daran, daß ein solches Unternehmen England fürchterliche Opfer kosten werde.

Militärische Entscheidungen der Alliierten.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Rom: Die Teilnahme des Generalstabschefs und seiner Vertreter an der Alliiertenkonferenz in Paris läßt auf bedeutsame militärische Entscheidungen schließen. Minister Orlando verließ am Dienstag bei seiner Reise durch Mailand, der Sieg und der Friede seien nur die Erörterungen weniger Wochen.

Eine Bedrohung Hollands.

Das dem Ministerium des Auswärtigen nahestehende „Echo de Paris“ läßt durch seinen militärischen Mitarbeiter folgende vielsagende Äußerung veröffentlichen: In diplomatischen gutunterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, das Eintreffen der alliierten Armeen im Scheldemündungsgebiet werde demnächst das erste Problem der Souveränitätsrechte aufrufen, welche Holland sich über die Scheldemündung angeeignet habe. Am 4. August 1914 habe sich Holland zum einzigen Souverän über die Mündung proklamiert, die der Kriegsschiffahrt verschlossen und so die alliierten Flotten verbinde, unterwerfen zu unterwerfen. Die Alliierten hätten Holland dieses Recht, das ihm auch durch den Vertrag von 1839 niemals eingeäumt worden sei, nicht zugestanden. 1914 habe die Entente mit den unheilvollsten Folgen für die Haager Regierung gewähren lassen, sie habe sich jedoch nicht verpflichtet, das fast accompli zu achten. Das Blatt fragt bedeutungsvoll, ob jetzt nicht die Stunde, über diese Angelegenheit zu sprechen, geschlagen habe.

Friedensbedingungen in feindlichen Ländern.

Nach Lyoner Meldungen haben am letzten Sonntag in Lyon und in Grenoble die großen Friedenskundgebungen stattgefunden.

DANK.

Für die überaus wohlthuende, ehrende Anteilnahme beim Heimgang
unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Emilie verw. Trommler

sagen wir hierdurch tiefempfundenen, herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

AUE, Magdeburg, Leipzig, am 25. Oktober 1918.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief gestern
abend 7/8 Uhr sanft in dem Herrn meine liebe, gute
Frau, unsere treusorgende Mutter

Marie Colditz geb. Lang

in ihrem 46. Lebensjahre.

Dies zeigen hierdurch schmerz erfüllt an

Albin Colditz nebst Kindern
und allen Angehörigen.

Die Beerdigung unserer teuren Entschlafenen erfolgt Diens-
tag mittag 1/2 Uhr vom Trauerhause, Mehnertstr. 26, aus.



Ein liebes, treues Herz hat aufgehört zu schlagen.

Dienstag nachmittag 3 Uhr verschied nach kurzem, aber
schwerem Leiden, nach fast vierjähriger, treuer Pflichterfüllung im
Felde, im Reserve-Lazarett Zwickau mein lieber, herzensguter Mann,
unser braver Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Nefte,
Enkel und Cousin

Max Emil Meinel

Soldat in einem Inf.-Regt.

Im Alter von 26 Jahren.

Er folgte seinem vor kaum sechs Wochen gefallenem Bruder
Ernst in die Ewigkeit nach.

In tiefstem Schmerze
Gertrud verw. Meinel geb. Weigel,
Familie **Max Meinel,**
Familie **Max Weigel.**

Die Beerdigung unseres teuren Entschlafenen findet Sonn-
abend mittag 1 Uhr in Zwickau statt.

Kartoffeln

auf Landeskartoffelkarte treffen in den
nächsten Tagen ein. Selbige sind vorher
zu bezahlen und gegen Gutschein an der
Wiesrampe in Empfang zu nehmen.
Säcke und Körbe sind mitzubringen.

Gustav Voigt

Inh.: Karl Kramer, Aus.

Loge 3 Rosen in Aue
Sonnabend 26. Okt. 7 Uhr Vortrag.

Der
Verband der Metallindustriellen
E. V.

im Bezirk Zwickau gibt nachstehende
Stellenangebote
seiner Mitglieder-Firmen bekannt:

Wir suchen zu sofortigem Antritt

Einrichter

für Revolverdreherei und Fräseerei,
Werkzeugschlosser
Motorschlosser
sowie **Schlosser**
für Teilbau, Montage u. d. Kontrolle,
gelernte Dreher,
Klempner
Kupferschmiede
und einige **tüchtige Einfahrer.**

Horchwerke, Aktiengesellschaft,
Zwickau i. Sa.

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied gestern früh 3 Uhr unsere
gute Mutter, Großmutter, Schwester und Tante, Frau

Christiane Friederike verw. Baldauf geb. Leichsenring

im Alter von 76 Jahren. In tiefer Trauer

Familie **Guido Baldauf,** Familie **Robert Spindler,**
Familie **Wilhelm Käsemödel** u. alle Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. Oktober, nachmittag 2 Uhr,
vom Trauerhause, Bockauerstr. 22, aus statt.

Panorama

Aue, Ernst-Papst-Str.
Täglich v. 4 Uhr an geöffnet,
Sonntag v. 2 Uhr an (Freitag
geschlossen).

Diese Woche:
Schweden.
Herrliche Aufnahmen.
Zu freundl. Besuche ladet er-
geb. ein D. Ullmann u. Frau.

Zöpfe

festigt sauber und gut von
bezuggegebenen Haaren unter
Anteil der Verwertung

Stern & Gauger

Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48 am Wettinplatz
Berechtigtes amtliche Haarinkaus-
stelle für Kriegszwecke.

Stube u. Kammer mit Gas
ab 1. Januar zu vermieten.
Zu erfahren im Aue Tagbl.

Berechtigtes amtliche Haarinkausstelle für Kriegszwecke.

2 Pfg.

zahlen für ein Gramm Wirrhaar
(ausgekämmte Frauenhaare)

Stern & Gauger,
Perückenfabrik- und Haargroßhandlung,
Aue, Wettinerstraße 48, nur am Wettinplatz.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen

Ernst Albin Weidauer

sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten für die er-
wiesene Anteilnahme unsern herzlichsten Dank. Besonderer Dank gebührt
der Direktion des Blaufarbenwerkes, sowie den Arbeitern für die erwiesene
Aufmerksamkeit.

Die tieftrauernde Witwe **Theresia Weidauer**
nebst **Kindern** und allen Hinterbliebenen.

Aue, den 23. Oktober 1918.

Fräulein

für Schreilmaschine u. Kontorarbeiten
sofort gesucht.

Schriftliche Angebote nebst Gehalts-
ansprüchen an

Papierverwertungsgesellschaft Aue,
Reichsstrasse 9.

Wir suchen für sofort

Kontoristinnen

und **Schreibhilfen.**

Angebote mit Gehaltsansprüchen und frühestem
Eintrittstermin sind mit dem Stichwort „Konto-
verw. Schreih“ zu richten an

Gossweiler — Personal, Schwarzenberg/Sa.

Wir suchen für sofort tüchtige, kräftige

Zimmerleute

und **Maurer.**

Angebote an

Gossweiler — Abteilung Arbeiter,
Schwarzenberg, Sa.

für Stanzerlei und Transportieren
suche ich sofort einige

Mädchen

Otto Albrecht.

Wir suchen für unsere

Maschinenfabrik „Eisen- gießerei in Chemnitz

einen im Pressen- und Werkzeug-
maschinenbau durchaus erfahrenen
und selbständigen

Betriebsleiter

zum baldigen Antritt. Ausführliche
Angebote an

Moll-Werke Aktiengesell.,
Scharfenstein.

Zu t. 1

Reparaturschlosser und Einspanner

für dauernd gesucht.

Excelsiorwerk A. G.,
Böhmig i. Erzg.

Ein ordentlicher, ehliches

Aushilfeskellner

für Sonntag gesucht.
Kaffee Carolin, Aue.

Größ. Schulfmädch.
als Aufsichtung gesucht.
Aue, Markt 16, III r.

Sicheren Verdienst
kann jedermann (auch als Neben-
besch.) erw. durch Uebernahme
einer Abfahrtsr. Röh. durch
H. Hähig, Chemnitz-Hild.,
Zerassenstraße 16.

Kräft. Burichen
j. Herren der Schwelgergasse
sucht sofort aber auch später
**Arbeitskräfte, die den-
vermittlung. Böhmig i. Erzg.**

Wir suchen für unsere

Maschinenfabrik „Eisen- gießerei in Chemnitz

eine fängerer, flotten und sauberen

Zeichner

Ausführliche Angebote an

Moll-Werke Aktiengesell.,
Scharfenstein.